



PRESSEMITTEILUNG

Ausgegeben: 17.12.2025

„Forstzustandsbericht“ 2025 der Landesregierung

Warum man sich über den Biodiversitätsverlust in unseren Wäldern nicht wundern muss!!

Wir befinden uns inmitten einer dramatischen Umweltkrise. Aber: Der aktuelle Naturverlust kann nicht nur aufgehalten werden – er kann im Idealfall auch umgekehrt werden! Auch im Wald tragen die bisherigen Nutz- und Schutzkonzepte kaum dazu bei, die Folgen des Naturverlustes abzuwenden. Schlimmer noch - Der Biodiversitätsverlust schreitet auch dort unaufhaltsam voran.

Der aktuelle Forstzustandsbericht der Landesregierung blendet erneut die Folgen einer oft nicht ökosystemschonenden Bewirtschaftung und den Biodiversitätsverlust genauso aus, wie andere dramatischer Entwicklungen (landesweite Entmischung durch Wildeinwirkung) und bezieht sich nur auf den Staatswald, der lediglich etwas über ein Drittel der Waldfläche im Saarland ausmacht. Andere Waldbesitze werden in der Erhebung wieder einmal ausgeblendet.

Vor dem Hintergrund des laufenden Biodiversitätsverlustes im Saar-Wald hatte der **LANDESVERBAND SAAR-WALDSCHUTZ E.V.**, am 25.07.2025 eine landesweite Umfrage unter den waldbesitzenden Städten und Gemeinden (rund das weitere Drittel des Saar-Waldes) gestartet, mit dem Ziel zu erfahren, welche konkreten Maßnahmen umgesetzt werden, um dem Schwund waldbewohnender Tier- und Pflanzenarten entgegenzuwirken.

Den waldbesitzenden Städten und Gemeinden wurde mitgeteilt, dass natürlich nur solche Maßnahmen Berücksichtigt werden können, für deren **Umsetzung keine gesetzliche Verpflichtung** (z.B. Wiederbewaldung im Zusammenhang mit Klimaschäden, etc.), **Maßnahmen aus laufenden Verträgen** (z.B. Ausgleichsmaßnahmen, Ökokonto, Zertifizierung etc.), **Förderprojekten seitens des Bundes oder des Landes oder Sonstiger Stellen** (z.B. Ökowaldprojekt, klimaangepasstes Waldmanagement etc., **oder anderen Situationen die eine Bewirtschaftung i.d.R. ausschließen** (z.B. Waldflächen außerhalb regelmäßigem Betrieb, also sog. ARB-Flächen) bestehen, **sondern ausschließlich weitergehende zusätzliche Maßnahmen** die unmittelbar die o.g. Ziele unterstützen.

Die Umfrage hat auch das Ziele zu erfahren, ob die oft postulierte „Waldliebe“ über die gesetzliche Verpflichtung hinausgeht, oder ob deren Umsetzung nur mit finanziellen Interessen verbunden ist. Als Termin für die Rückantwort wurde der 31.10.2025 festgelegt und es wurde mitgeteilt, dass wesentliche Teile der Antworten, also konkrete Maßnahmen für mehr WaldSchutz, veröffentlicht werden. Nichtantworten würden als Fehlanzeige für den WaldSchutz bewertet.

Rückmeldungen gab es **nur von der Stadt Merzig, der Stadt Wadern, der Stadt Saarbrücken und der Gemeinde Mettlach.**

Bis auf die Stadt Merzig macht keine waldbesitzende Gemeinde im Saarland mehr als das gesetzlich oder aus vertraglichen Verpflichtungen vorgegebene, um eine Verbesserung des ökologischen Zustandes der ihnen anvertrauten Wälder zu unterstützen. Im Gegenteil, es

gibt Gemeinden die mit Ihrem Wald umgehen, als gäbe es kein Morgen. Dieser Umgang offenbart die Schwächen aktueller Gesetzgebung und offenbart auch die Mängel im Vollzug der mit dem Wald in Verbindung stehenden Gesetze (Waldgesetz, Naturschutzgesetz, Wassergesetz, Jagdgesetz).

In einer Zeit der Biodiversitätskrise machte die Umfrage unter allen waldbesitzenden Städte und Gemeinden deutlich, dass sich „Waldliebe“ auf kurzfristig wirkende monetäre Interessen reduziert. Dass dies so ist, zeigen die oft erschreckenden Bilder die sich Landauf, Landab in unseren Wäldern offenbaren. Wanderungen in „Kahlschlagsavannen“ und in durch Großmaschineneinsätze zerfurchten Wäldern sind Ausdruck eines kurzsichtigen und zugleich respektlosen Umgangs mit unseren Waldökosystemen.

Die Landesregierung muss nun Farbe bekennen, ob Wald- und damit Biodiversitäts- und Klimaschutz auch für sie weiter nur eine leere Worthülse bleibt. Immerhin ist die Landesregierung verantwortlich für den gesamten SaarWald und nicht nur für den Landesbetrieb SaarForst.